

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

13.03.2020

## **Kein Grund zur Hysterie – Corona-Folgen abdämpfen**

Die deutsche Wirtschaft ist zehn Jahre hintereinander gewachsen und deshalb gut für alle Eventualitäten gerüstet. Die Folgen der Corona-Epidemie für Unternehmen und Beschäftigte sind allerdings momentan nur schwer absehbar. Der Koalitionsausschuss hat aus diesem Grund am Sonntag erste konkrete [Beschlüsse zur wirtschaftlichen Unterstützung](#) gefasst.

[Dazu gehören](#) u.a. ein flexiblerer Zugang zum Kurzarbeitergeld, kurzfristig wirksame steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und dauerhaft höhere öffentliche Investitionen für den Wohnungsbau und für Digitalisierungs- sowie Verkehrsprojekte. Alle beschlossenen steuerlichen Maßnahmen gehen auf Vorarbeiten der CDU/CSU-Fraktion zurück. Wir wollen mit kluger und passgenauer Unterstützung die Planungssicherheit aller Beteiligten erhöhen und Arbeitsplätze schützen.

Fest steht: Durch Corona soll möglichst kein Unternehmen in Deutschland in Insolvenz geraten und möglichst kein Arbeitsplatz verloren gehen. Den betroffenen Unternehmen stehen die bewährten Förderinstrumente zur Verfügung. Sollte sich die Lage verschärfen, werden wir schnell und passgenau reagieren können. Wir wollen Arbeitsplätze erhalten und Arbeitnehmern und Arbeitgebern Planungssicherheit geben. Deswegen werden wir befristet bis Ende 2021 Verordnungsermächtigungen einführen, mit der die Bundesregierung die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld absenken und die Leistungen erweitern kann:

- Absenken des Quorums der im Betrieb Beschäftigten, die vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, auf bis zu 10 %
- Teilweise oder vollständiger Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden

- Ermöglichung des Kurzarbeitergeldbezugs auch für Leiharbeitnehmer

- Vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit.

Die Verordnungen selbst sollen zunächst bis Ende 2020 befristet werden. An den am 29.01.2020 bereits beschlossenen Verbesserungen bei Kurzarbeit in Kombination mit Weiterbildung halten wir fest und setzen diese gesetzlich um. Wir werden die Regelungen zum Kurzarbeitergeld in dem vom BMAS vorgelegten Gesetzentwurf zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung schnellstmöglich umsetzen. Der Gesetzentwurf ist deshalb am 11.03.2020 vom Bundeskabinett beschlossen worden und wird in einem verkürzten Verfahren in der ersten Aprilhälfte in Kraft treten.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung Vorschläge für Liquiditätshilfen für Unternehmen unterbreiten, die besonders von den Auswirkungen des Coronavirus betroffen sind. Ein Gespräch mit den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft und den Gewerkschaften wird in Kürze erfolgen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen sollten wir alle zusammenstehen. Grundsätzlich geht es jetzt in erster Linie darum, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, um unser Gesundheitssystem zu entlasten. Unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat deshalb empfohlen, auf Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Menschen zu verzichten.

## Informationen zu Coronavirus-Infektionen

- [https://www.rki.de/DE/Home/homepage\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html)
- <https://www.bfr.bund.de/cm/343/atemwegserkrankungen-durch-neuartiges-coronavirus.pdf>
- [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/Coronavirus-Infektionen\\_Krankheit.html?nn=2386228](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/Coronavirus-Infektionen/Coronavirus-Infektionen_Krankheit.html?nn=2386228)
- [https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/FAQ\\_Liste.html](https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/FAQ_Liste.html)
- <https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-spielzeug-uebertragen-werden.pdf>

Es drohen derzeit keine Versorgungsengpässe mit Nahrungsmitteln. Und wie sieht es mit Versorgungsengpässen aus? Laut Information der Handelsketten sind die Lieferketten aktuell nicht unterbrochen oder gefährdet. Die Supermarktketten reagieren derzeit auf die verstärkte Nachfrage und stocken ihr Sortiment auf. Wenn es momentan also in einigen Fällen zu leereren Regalen kommt, liegen dem noch nicht angepasste logistische Abläufe und explizit keine Versorgungsprobleme zu Grunde. Dementsprechend besteht im Moment auch keine Notwendigkeit, die staatlichen Lebensmittelvorräte aufzustocken. Der Einsatz von staatlichen Nahrungsmittelnotvorräten ist in Deutschland bisher übrigens noch nie nötig gewesen. Weitergehende Informationen dazu finden Sie auch unter folgendem Internet-Link:

<https://ernaehrungsvorsorge.de/staatliche-vorsorge/haeufig-gestellte-fragen-faq>

## Beschlüsse zum Nachlesen

Die vom Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD gefassten ausführlichen Beschlüsse, incl. zur Lage der Flüchtlinge in Griechenland, finden Sie [hier](#).

## Bekämpfung von Hasskriminalität

Die große Koalition hat am Donnerstag ihr Gesetzpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität in den Bundestag eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem eine geplante Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes vor. Betreiber sozialer Netzwerke sollen künftig Straftaten, insbesondere Morddrohungen und Volksverhetzungen, melden, anstatt sie nur zu löschen oder zu sperren. Beleidigungen im Netz sollen stärker bestraft werden, um den speziellen Bedingungen des Internets - große Reichweite und hohe Aggressivität - besser gerecht zu werden. Zudem

soll die Beleidigung von Kommunalpolitikern künftig ausdrücklich bestraft werden und eine Auskunftssperre beim Meldeamt für Betroffene von Hass und Hetze leichter durchzusetzen sein. „Rechtsextremisten hassen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“, sagte der CDU-Politiker Thorsten Frei. (epd)

## Europa für globalen Wettbewerb rüsten

Die EU-Kommission will Europas Industrie für den globalen Wettbewerb und den grünen und digitalen Wandel rüsten. Dieser „neue geopolitische Kontext erfordert ein radikales Umdenken“, erklärte Industriekommissar Thierry Breton am Dienstag. Dafür will die Behörde insbesondere die Wettbewerbsregeln überprüfen und überarbeiten. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollen gezielt gefördert werden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) begrüßte die Strategie als „großen Erfolg“, Zustimmung kam auch aus der Wirtschaft. Altmaier zeigte sich erfreut über die EU-Strategie. Gebraucht werde „eine moderne Industriepolitik, um den Herausforderungen von Digitalisierung, Globalisierung und Zukunftstechnologien zu begegnen“, erklärte er in Berlin. „Wir müssen alle Kräfte bündeln, um Schlüsseltechnologien in Europa zu stärken. Nur so können wir Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze langfristig sichern.“ (AFP)

## Führungspositionen für Frauen

Im Mittelstand lag der Frauenanteil in Vorstandspositionen Anfang 2020 bei durchschnittlich 16 Prozent und damit deutlich höher als bei börsennotierten Unternehmen, die lediglich 9 Prozent der Vorstandsposten mit Frauen besetzt haben. Das ergab eine Studie des Beratungsunternehmens EY. Die Zahl der Frauen in Führungspositionen stieg, je kleiner die Unternehmen waren. Je nach Branche unterscheidet sich die Zusammensetzung deutlich. Während bei Finanz- und anderen Dienstleistern 26 Prozent der Führungspositionen von Managerinnen besetzt sind, liegt die Zahl in der Maschinenbau-Branche nur bei acht Prozent.

<https://www.morgenpost.de/wirtschaft/karriere/article/228628427/Karrierechancen-fuer-Frauen-im-Mittelstand-gestiegen.html>

## Zitat

Merkel zum Handeln der Bundesregierung in der Corona-Krise: „Wir werden das, was notwendig ist, tun.“ (11.3.2020, Pressekonferenz, dpa)